



Kommunikee

Die ALJP verurteilt das Vorgehen des ADR-Abgeordneten Roy Reding aufs Schärfste

Im Rahmen seiner Recherchen zum Thema Impfgegner hatte sich ein Tageblatt-Journalist in einer Gruppe von Impfgegnern auf der Messaging-Plattform Telegram eingetragen. Im Laufe seiner Nachforschungen fiel ihm der Name Roy Reding unter den rund 300 Mitgliedern der Gruppe „NêtgepicktLU2.0“ auf. Er schrieb den Anwalt und ADR-Abgeordneten daraufhin an, damit Reding ihm seine Mitgliedschaft in dieser Gruppe bestätigen soll. Andernfalls würde es sich wohl um einen User handeln, der sich unter falschem Namen bei den Impfgegnern angemeldet hat.

Roy Reding schrieb zurück, dass er sehr wohl Mitglied dieser Gruppe sei. Doch damit nicht genug. Der ADR-Abgeordnete veröffentlichte die Anfrage des Tageblatt-Journalisten in der erwähnten Telegram-Gruppe, dies mitsamt der kompletten Unterzeile, in der sowohl die berufliche als auch die Nummer des Mobiltelefons des Journalisten standen.

In der Gruppe selbst wurde der Journalist daraufhin u.a. als „Spëtzl vun der Gestapo“ genannt, ein anderes Gruppenmitglied betitelte ihn als „Kollaborateur“, als regierungshörig, usw. Der Journalist erhielt und erhält auch heute noch Textnachrichten der dümmlichsten Art auf sein Mobiltelefon, abgesehen davon wird er mit Verschwörungstheorien der Impfgegner zugeschüttet. Zudem wird auf eine sehr perfide Art und Weise versucht, den Journalisten einzuschüchtern.

Die ALJP verurteilt das geschilderte Vorgehen des ADR-Abgeordneten Roy Reding aufs Schärfste. Sein Verhalten zeigt einmal mehr, was er von der freien Presse hält. „Diese Vorgehensweise ist niederträchtig und wirklich sehr gefährlich“, so Tageblatt-Chefredakteur Dhiraj Sabharwal, der juristische

Schritte gegen Roy Reding nicht ausschließt. Die ALJP teilt diese Ansicht und fordert die Politik auf, ein solches Vorgehen nicht zu dulden, indem sie einfach zur Tagesordnung übergeht.

Es geht um die Pressefreiheit und damit um ein Standbein der Demokratie. Wo nicht unabhängig berichtet werden darf, werden auch andere Menschenrechte verletzt. Angesichts der Zwischenfälle vom Samstag während der Manifestation von Impfgegnern kann man klar sehen, zu was das führt.

***Mitgeteilt vom Vorstand der ALJP
Luxemburg, der 5. Dezember 2021***